

Ostfriesische Zeitschwingen.

Blätter

zur Besprechung vaterländischer Interessen.

N^o. 3.

Sonntag den 14. Mai

1848.

Die Ostfriesischen „Zeitschwingen“ erscheinen zwei Mal wöchentlich, des Sonntags und Mittwochs, je einen halben Quartbogen stark. Der Abonnementspreis beträgt für das Quartal 12 Ggr. Alle Buchhandlungen, so wie die Königl. Hannoverischen Postämter nehmen Bestellungen entgegen. — Beiträge werden franco entweder unter Adresse des Redacteurs oder der Verlags-handlung erbeten.

Der Curienstreit.

Der 12. Mai sah zum ersten Mal das Princip der Oeffentlichkeit ständischer Verhandlungen in Ostfriesland verwirklicht, und dies in einer Sache, welche die gegenwärtige Lebensfrage der ostfriesischen Verfassung ist. Es galt die Frage, ob drei Curien, oder eine. Die Versammlung hat sie mit Recht zur Principfrage erhoben, und der nächste Dienstag wird uns die Entscheidung bringen.

Welches sind die Gründe gegen und für eine Verschmelzung der drei Curien in eine? Von Seiten der Ritterschaft beruft sich man auf die Nothwendigkeit zu warten, bis die Reichsverfassung Deutschlands entschieden sei. In Hannover wartet man seitens der ersten Cammer nicht so lange, weil man behauptet, die einzelnen Staaten seien nicht an die Bestimmungen der Reichsverfassung hinsichtlich ihrer Landesverfassungen gebunden. Weshalb will der Adel bei der Provinzialverfassung warten? Weil er glaubt: „Zeit gewonnen, ist Alles gewonnen.“ Die abgedroschenen Phrasen von historischen Rechten, Arbeiterogierung, Ueberstürzen, lassen wir dahingestellt, da die ganze Geschichte gerade ihr Gegenbeweis ist. Also der Widerstand der ersten Curie beruht entweder auf Eigennutz oder auf geschichtlicher

Unwissenheit; er ist vergeblich, wenn die Städte sich dem dritten Stande anschließen. Beide Stände wollen das Aufhören der Privilegien der ersten Curie; nur fürchten die Städter, bei einer Curie zu sehr dem platten Lande zu unterliegen, und ihre Interessen dadurch gefährdet zu sehen. Wenngleich es nun sicher vorauszu sehen ist, daß die kleinen Städte im Laufe der Zeit ihrer Auflösung in das platte Land entgegen gehen, und in Ostfriesland also nur Emden, Leer sicherlich, theilweise und vielleicht Aurich und Norden sich dieser Umwandlung entziehen können, so folgt doch daraus nicht, daß die Städte Rechte wegwerfen sollten, die sie gegen die Uebermacht des platten Landes schützen. Die Ritterschaftsrechte sind Personalprivilegien, die sich überlebt haben; die städtischen vertreten materielle und geistig wichtige Corporationen. Aber Staatsbürgerthum ist Forderung des Zeitgeistes, das Parlament hat sie proclamirt, die einzelnen Staaten werden sich mehr oder weniger in der Vertretung diesem Systeme anschließen, und Ostfriesland sich ihm nicht entziehen können. Wohl möchte es besser um die Welt stehen, wenn die Regierung in Erweiterung der Menschenrechte eben so weiter gegangen wäre, als die Wissenschaft. Jetzt hat diese gesiegt, und es ist vergeblich und unklug sich der Forderung des Zeitgeistes entgegenzustellen. Schreiber dieses ist per-

sönlich bei unserer Stufe politischer Entwicklung für einen Censur, allerdings nicht bloß des Vermögens, sondern auch der Intelligenz; aber er hat auch genug aus der Geschichte gelernt, um zu wissen, daß Opposition gegen die Forderungen der vollendeten Wissenschaft Revolution erzeugt, und das Heil jeder Nation besser durch Erfüllung der durch die Wissenschaft erkannten Forderungen, nenne man es auch Ueberstürzen, als durch allmähliche Anbahnung, historische Entwicklung, und was man sonst für nichtsagende Phrasen gebrauchen will, gefördert werde. Der Staatsmann sucht die Wellen des empörten Meeres als Mittel der Fortbewegung zu benutzen, mögen sie ihn auch nach unbekannten Ländern verschlagen, nicht sich ihnen entgegenzustellen. Die Städte behalten deshalb ihre besondere Vertretung nicht, selbst wenn sie augenblicklich dieselbe behielten; hier so wenig, als in Hannover. Verderben sie nicht die gute Sache durch eine Verbindung mit dem Adel! sonst werden sie mit ihm büßen müssen. Ich ehre den Patriotismus der Männer, die die städtischen Interessen bedroht glauben; ich bedaure ihre Verkennung der geschichtlichen Nothwendigkeit. Was aber die Gefährdung städtischer Interessen betrifft, so stelle ich folgende Punkte zur Erwägung.

1) Ist der Adel gefallen, so vertheilen sich die Ansprüche des Adels auf die Zurückgebliebenen.

2) Neue Zeiten bringen neue Verhältnisse. Die nothwendigen Städte Ostfrieslands werden fast alle einer großen Zukunft entgegen gehen.

3) Jede Stadt übt durch materielle und geistige Mittel großen Einfluß auf ihre Umgegend.

4) Die Interessen der einzelnen Städte werden bei einer gesonderten Vertretung sehr häufig den Städten am Schädlichsten sein.

5) Meistens hat ein großer Theil des Landes gemeinschaftliche Interessen mit den Städten.

6) Hört die Vertretung der Städte als gesonderte Curie auf, so gewinnt ihr Einfluß durch das Wegfallen der Rivalität der Einzelnen, durch die Vermischung der städtischen Repräsentanten, durch die zusammenwirkende Intelligenz.

7) Die Provinzialbefugnisse werden manches an andere Vertretungen abgeben müssen, nach oben sowohl, wie nach unten.

8) Eine Curie wird gemeinschaftliche Beschlüsse möglicher machen.

9) Ohne eine Curie ist ein erweitertes Wahlrecht fast ein Spott.

10) Die Flecken Ostfrieslands haben mit den Städten gemeinsame Interessen.

Eintracht macht Macht.

In einer der letzten Nummern der Bremer Zeitung findet sich folgende Nachricht aus Frankfurt.

„In Hinblick hierauf und auf einige andere den Anschein von Reactionsversuchen tragenden Maßregeln einzelner deutschen Regierungen, hat deshalb gestern der hiesige „Fortsschrittsverein“ das sogenannte „Montagskränzchen“, welches füglich als Barometer der hiesigen politischen Gesinnung gelten kann, auf Antrag des Dr. med. Schwarzschild, einhellig den unter diesen Umständen bedeutungsvollen Beschluß gefaßt, unverzüglich alle Städte, Städtchen &c. in ganz Deutschland durch die Presse zur sofortigen Bildung von Volksvereinen zum Zweck der Bewachung und Schirmung der Volksfreiheit nach einem Plane, in gegliederter Organisation von General-, Provinzial- und Bezirksvereinen aufzufordern, aus sich selbst aber, mit Rücksicht darauf, daß Frankfurt in der nächsten Zeit der Brennpunct des deutschen politischen Lebens werden dürfte, ein provisorisches Centralcommittee für sämtliche Volksvereine zu constituiren, in welches neun dem besonnenen Fortschritte entschieden huldigende Männer, darunter Dr. Schwarzschild der Antragsteller, dann der hiesige Parlamentsabgeordnete Dr. Tucher, Dr. Hadermann der Stifter des „Montagskränzchen“ &c. erwählt wurden.“

Im Sinn dieser Idee hat die Aurer Bürgerversammlung am 10. Mai den Beschluß gefaßt, zuerst womöglich eine Verbindung der in der Provinz Ostfriesland bestehenden Bürger- und Volksversammlungen zu veranstalten. Ueber das Zweckmäßige waren alle Anwesende einverstanden; die Ausführung erschien jedoch sehr schwierig; man einigte sich vorläufig, eine stehende Correspondenz zwischen den Präsidenten der Versammlungen einzuleiten. Aber einestheils war dies noch eine sehr mangelhafte Einrichtung, andernteils würde sie wenigen Einfluß auf das platte Land üben.

Deshalb sind mehrere hiesige Bürger zusammengetreten, um eine Petition an die Provinzial-Stände zu entwerfen, daß dieselbe geruhen möchte aus provinziellen Mitteln ein Beiblatt zum Amtsblatt zu gründen, in welchem in populärer Sprache die Verhandlungen der

Versammlungen dargelegt wurden, und dessen Redaction in Aarich ihren Sitz hätte; daß dies das beste Mittel sei, die Landleute zur regerer und selbstbewußten Theilnahme an der Politik heranzuziehen und zugleich die rechte Verbindung zwischen den bestehenden Versammlungen hervorzurufen, ist wohl unzweifelhaft.

Mögen deshalb alle, die dies patriotische Unternehmen fördern können, ihre Mitwirkung demselben angedeihen lassen!

Gehorsamstes Gesuch unterzeichneter Handwerker der Stadt Aarich an Königliches Ministerium des Innern, die Lage ihres Standes betreffend.

Die übermäßige Concurrenz, das daraus entsprungene schädliche Uebergewicht des Capitals über die Arbeitskraft, die große Ausdehnung der Maschinenarbeit, die erstaunlichen Erleichterungen des Verkehrs, sowie das voreilige Aufheben der Zünfte und unüberlegtes Einführen allgemeiner Gewerbefreiheit, endlich mangelnde Unterstützung der Handwerker seitens des Staates sowohl direct durch angemessene Geldvorstreckungen, wie z. B. in England zum großen Vortheil der irländischen und zum großen Nachtheil der deutschen Leinenindustrie geschehen ist, und durch kräftige Vertretung des deutschen Handels nach außen, als indirect durch eine ungenügende Gesetzgebung hinsichtlich der Einziehungen der Rechnungen, haben fast allenthalben in Deutschland ein materielles wie moralisches Sinken des Handwerkerstandes hervorgebracht, und wenn nicht schleunige und kräftige Hülfe eintritt, so ist zu befürchten, daß wir einem ähnlichen Zustande entgegen gehen, als in Frankreich, wo der freie Handwerker vielfach zum Sklaven des Capitals und Werkzeuge der großen Etablissements heruntergesunken ist. Wir erkennen nun sehr wohl, daß, wie die Frage des Handwerkerstandes eine der wichtigsten, so auch eine der schwierigsten in ihrer Lösung ist, und so sehr wir wünschen müssen, daß man zu einer Lösung eher schreiten möge, als eine ähnliche Lage der Dinge, wie in Frankreich, eintritt, eben so sehr möchten wir eine bedachtsame und besonnene Erwägung der Sache wünschen. Deshalb glauben Unterzeichnete ein hohes Ministerium um folgende vorläufige Hülfs- und Schutzmittel ersuchen zu müssen.

1) Zurücknahme der am 1. Juli d. J. in Kraft tretenden Gewerbeordnung, als eines unzeitgemäßen und den Wohlstand der kleinen Städte ruinirenden Gesetzes.

2) Verhinderung voreiliger Beschlüsse hinsichtlich allgemeiner Gewerbefreiheit, da die Erfahrung hinlänglich gelehrt hat, daß dieselbe gerade den Ruin der freien Handwerker herbeigeführt hat, indem sie durch übermäßige Concurrenz und Verringerung der großen Capitalien die freie Arbeit der Handwerker in eine mechanische umwandelte, oder die Concurrenz derselben unmöglich machte, und so durch einen unmäßigen Hausirhandel und Versenden aus einzelnen großen Städten auf durch die großen Capitalien und den großen Geschäftsbetrieb möglichen langen Credit die Industrie der kleinen Städte tödtete. Unterzeichnete sind jedoch eben so wenig der Meinung, daß die alte oder jetzige Form der Zünfte eine zeitgemäße oder heilbringende Form des Handwerkerstandes sei; sie glauben vielmehr in einer zeitgemäßen Reform derselben unter billiger Berücksichtigung der Arbeitskraft gegen das Capital den einzuschlagenden Weg zu erkennen, und sie erlauben sich nur einem hohen Ministerium des Innern, dessen Vorstand, wie sie sich überzeugt halten, durch lange Erfahrung und geschichtliche Kenntniß zur Lösung dieser schwierigen Frage vor vielen geschickt ist, gehorsamst vorzustellen, daß man den hoffentlich bald einzuberufenden neuen Ständen kein Gesetz über diese Frage vorlegen möge, ohne eine gründliche Berathung mit den im Gewerbewesen bewandertsten Männern des Landes gepflogen zu haben. Das englische Parlament hat das Recht, die jedesmaligen Männer, denen es Einsicht in einer Sache zutraut, zu sich zuberufen. Warum sollte unsere junge Freiheit nicht dasselbe thun?

3) Bitten wir um eine möglichste Berücksichtigung des augenblicklichen Nothstandes der Handwerker durch eine Aufforderung seitens des Ministeriums an den Patriotismus der Wohlhabenden, daß sie möglichst ihre Bedürfnisse an dem jedesmaligen Wohnort kaufen möchten. Wir glauben, daß die Ausreden von billigeren und besseren Einkäufen in den größeren Städten viel verlieren werden, wenn man nur einmal anfängt, den Handwerker des Orts unter die Arme zu greifen. Denn Billigkeit und Güte der Waare richtet sich bekanntlich sehr nach dem Absage. Wir möchten auf diese Bitte um so mehr bestehen, weil wir sonst genöthigt sein würden, eine bedeutende Menge Arbeiter in kurzer Zeit

zu entlassen. Vielleicht ließe sich auch durch eine billige Vertheilung der jetzigen und in Zukunft vielleicht bedeutenderen Militairarbeiten helfen. Schließlich bitten wir ein hohes Ministerium des Innern um eine geneigte und sorgfältige Erwägung der gestellten Bitten, da der Handwerkerstand als einer der vorzüglich arbeitenden gewiß einer der wichtigsten im Staate ist, und eine Zerrüttung desselben für alle die verderblichsten Folgen nach sich ziehen wird. Ehrfurchtsvoll rc.

(Folgen die Unterschriften.)

Betrachtungen eines Freiheitfreundes über die Feststellung der neuen Han- noverschen Verfassung.

Schon sind mehrere Tage seit dem Beschlusse der Fünfziger über die Hannoversche Verfassungsangelegenheit verflossen, schon treten die alten Stände von Neuem wieder zusammen, schon hat das Ministerium neue Gesetzesvorlagen, ähnlichen Inhalts, wie die vor Osnern, vorgelegt, schon sind mehrere Adressen eingelaufen für die Nichtauflösung der jetzigen Stände und einige gegen die von den Condeputirten vorgeschlagene constituirende Versammlung. Sollen wir verzweifeln an einer Erfüllung unserer gerechten Wünsche, werden auch wir ein Ministerium von Doctrinairs haben, wird auch bei uns der gestürzte Adel sich durch die Männer des Geldes und des juste milieu ergänzt, von neuem auf den Sessel der Gewalt setzen? Das letztere fürchte ich nicht; denn es würde dem Strome der Freiheit, der jetzt in hoch angeschwollenem Bette nur schon flott gewordene Dinge und Personen mit sich wegführt, einen Deichbruch bahnen, der den Schlamm und Schmutz des alten Regimes überall, selbst in den tiefsten Niederungen fortspühlen würde. Hoffen wir jedoch, daß es nicht geschehe! Das zweite wolle Gott verhüten; denn es würde das Schlimmste der möglichen Geschehnisse sein, wenn die Lenker und Organe der königlichen Macht den Weg Guizots in Deutschland noch einmal betreten würden; es würde nicht bloß mit Vernichtung des Königthums, sondern wahrscheinlich auch mit einer sozialen Revolution enden. Das erstere werde ich nimmer glauben, so lange noch ein schwacher Hoffnungsschimmer auf Deutschlands Einheit und deutschen Mannesmuth in mir lebt. Ist es mich hierin, so wird die geschichtliche Vergeltung die Schuldigen treffen, und meine Worte rechtfertigen, sei es auch nach Jahrzehenden. Denn wahrhaftig, liebe Mitbürger, die Verathung der neuen Verfassung durch die jetzigen Cammern ist eine Unbilligkeit, ein politischer Mißgriff, ein moralischer, seitens vieler selbst eine juristische Ungerechtigkeit. Sie ist unbillig, weil Niemand die jetzigen Ständemitglieder deshalb gewählt hat, daß sie eine neue Verfassung beriethen, sie ist unbillig, weil die aufgehobene, oder aufzuhebende, oder wenigstens nach dem Sinne der zweiten Cammer zu reformirende Adelsammer an der Verathung Theil nimmt, sie ist unbillig, weil das Land jetzt so vertreten ist, wie die Zukunft nie dulden wird, noch die Gegenwart in der deutschen Parlamentswahl anerkannt und ausgeführt hat, sie ist unbillig, weil das Volk selbst nach jetziger Vertretung anders gewählt haben würde,

wenn der Umschwung der Dinge vorher eingetreten wäre, sie ist endlich unbillig, weil in Zukunft und, wenn Gott und die Menschen es gewollt hätten, auch nicht in der Vergangenheit ein Volk sich eine Verfassung geben lassen soll, an deren Festsetzung es nicht selbst Theil genommen.

Der von der Regierung und Ständen eingeschlagene Weg ist ferner ein politischer Mißgriff. Denn er verletzt erstens die Ueberzeugung eines großen Theils des Hannoverschen Volkes, während die jetzigen Anhänger des Regierungsweges zum großen Theil aus der Opposition gegen die Condeputirten, einigen Ueberresten der Bureaucratie, Geldaristocratie und Stüves persönlichen Anhängern hervorgegangen sind; er macht zweitens das Nachgeben der Adelsammer viel schwieriger, da dieselbe, wie auch schon verlautet, jetzt genug Anstrengungen machen wird, möglichst viele offene und geheime Eingänge zum Staatskuchen sich zu erhalten; er ruft ganz natürlich in der folgenden Ständerversammlung eine natürliche Feindschaft, oder Abneigung hervor, da viele zukünftige Mitglieder principiell mit dem beretretenen Wege nicht einverstanden sein werden, alle sich verletzt fühlen werden, über ein quasi fait accompli zu entscheiden; er untergräbt endlich die Würde des Ministeriums, sei es nun, daß es dem Fünfziger- oder Bundestagsbeschlusse sich bequemt, oder zum Troß eines großen Theils des Volkes seinen Weg nimmt. Ich hoffe nicht, daß die allen parlamentarischen Tact verleugnenden, und nur von Parteihaß zeugenden Artikel des Hamburgischen Correspondenten mit dem Ministerium irgendwie in Verbindung stehen. Warum nimmt aber die quasi offizielle Hannoversche Zeitung nur Vertrauensadressen und Vore gegen die Condeputirten auf, weshalb nicht auch Adressen an deren Inhalts und Berichtigungen, wie z. B. von Sulingen und Alfeld? Soll ein Volksministerium eine solche quasi offizielle Zeitung einen solchen Weg gehen lassen?

Die Feststellung der zukünftigen Verfassung durch die jetzige Cammer ist endlich Unrecht, und zwar moralisches, weil eine so traurige Verfassung, wie die von 1840 war, nicht die Brücke zur neuen Freiheitsverfassung sein darf, moralisches, weil die Leute, die zum Umsturz des Staatsgrundgesetzes die Hand geboten oder geschwiegen haben, nicht die Grundlagen der neuen aufbauen dürfen, moralisches endlich, weil das moralische Zutrauen des Volkes zu der neuen festzustellenden Verfassung schon von Anfang her tief untergraben wird; juristisches endlich, weil die Verfassung von 1840 weder durch das Recht des Polizei- noch des Vertragsstaates gerechtfertigt ist, da sie weder das starre Recht, noch das Recht der Majorität für sich gehabt hat, juristisches ferner, weil Mitglieder der Regierung wie der Stände entschiedene Anhänger des Staatsgrundgesetzes von 1835 gewesen sind, und gewiß noch sind, juristisches endlich, weil die neuen Constitutionen der Völker bei eingetretenen Revolutionen stets durch constituirende Versammlungen geschaffen sind und geschaffen werden müssen. Daß wir eine Revolution, und keine Reform gehabt haben, ist jedem auf Verlangen aus staatsrechtlichen und geschichtlichen Gründen leicht zu beweisen.